

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 359

10. Mai 2006

12. Jahrgang

## Archive der Nationalen Polizei: 100 Jahre Geschichte

Im Juni 2005 stiess das Menschenrechtsprokurat (PDH) bei der Untersuchung einer Explosion in einem polizeieigenen Sprengstofflager mitten in der Hauptstadt „zufälligerweise“ auf ein Archiv der Nationalen Polizei. Inmitten von polizeilichem Autoschrott und Sprengstoff lag während Jahren ein wahrer Schatz an Dokumenten verborgen, aus denen man nun in akribischer Arbeit Bruchstücke fehlender Geschichte von Hunderten, während dem Krieg „verschwundener“ Personen, wiederzufinden hofft.

Der Fund dieser Archive ist ein Höhepunkt in der Geschichte der Wahrheitsuche in Guatemala, wurde doch die Existenz solcher Archive systematisch geleugnet, sowohl gegenüber der Wahrheitskommission (CEH) wie auch gegenüber (Staats-) AnwältInnen, die Beweismaterial für die Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen suchten.

### Der Fund

Zurückhaltende Schätzungen gehen von 50 – 60 Millionen Dokumenten aus (aneinandergereiht sind das 24,5 km), welche die Geschichte der Nationalen Polizei seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Unterzeichnung der Friedensabkommen 1996 dokumentieren. Die ältesten Schriftstücke datieren aus dem Jahr 1902.

Kriminalistische Untersuchungen, offizielle Kommunikation zwischen den verschiedenen Polizeieinheiten, administrative Informationen, Zeitungsausschnitte, interne Memoranden, Fotos von Leichen, Gesuche um Führerscheine und weitere Informationen im Zusammenhang polizeilicher Tätigkeiten während quasi 100 Jahren wurden in Stapeln, in Archivschubladen oder in wirrem Durcheinander auf dem Fussboden in insgesamt 37 Räumen gefunden. Die meisten dieser Dokumente waren jahrzehntelang dem Regen, dem Schimmel und den Fledermäusen ausgesetzt. Das Gebäude, in dem der grösste Teil der Dokumente gefunden wurde, hat ein Flachdach, da der Bau eigentlich als mehrstöckiges Polizeispital geplant war, aber nie über das Erdgeschoss hinausgebaut wurde. Entsprechend war das Dach dieses einen Stockwerks nicht als Dach sondern als Zwischenboden konzipiert und ist deshalb nur bedingt wasserdicht. Eigentlich ist es schwierig zu glauben, dass dieses Gebäude ein Krankenhaus hätte werden sollen, bei einem Rundgang trifft man auf Dutzende von (ebenfalls unfertigen und deshalb schwierig zu definierenden) 2,5m<sup>2</sup> kleinen Räumen ohne Lichtquelle.

### Retten, was zu retten ist

Die PDH reagierte schnell. Innerhalb von Stunden wurden ausländische Botschaften über den Fund informiert, um zu garantieren, dass die internationale Gemeinschaft diesem Archiv die notwendige Wichtigkeit zukommen liess. Guatemaltekeische Menschenrechtsorganisationen stellten sofort Freiwillige zur Verfügung, die das Gelände und die darin gelagerten Dokumente schützten und mit ersten Aufräumarbeiten begannen, sobald die entsprechende richterliche Verfügung vorlag. Dies ging erstaunlich rasch und reibungslos: Die PDH

bekam die Erlaubnis, ein Inventar der vorgefundenen Dokumente zu erstellen und es wurde richterlich entschieden, dass zum Schutz der Dokumente das Archiv nicht verlegt werden darf.

Nachdem die Existenz des Archivs in der Hauptstadt bekannt wurde, machte sich die PDH auch in den Departements auf die Suche und wurde in verschiedenen Polizeistationen fündig. Aus rund 30 Polizeiarchiven unterschiedlicher Grösse (hier muss man davon ausgehen, dass diverses Material zerstört wurde) aus dem Landesinnern wurden noch einmal etwa 6 Mio. Dokumente zusammengetragen.

Unterdessen sind diverse Fachleute sowie über hundert von guatemaltekeischen Menschenrechtsorganisationen bezahlten oder auf Freiwilligenbasis angebotenen Personen daran, eine erste Systematisierung der Dokumente durchzuführen. In erster Linie geht es darum, die Papiere von Schmutz und Schimmel zu reinigen, Fotos wieder aufzukleben und die metallenen Büro- und Heftklammern durch solche aus Plastik zu ersetzen, um weitere Rostschäden zu verhindern. Alle im Archiv arbeitenden Leute tragen Handschuhe und Mundschutz, da der Schimmelpilz giftige Substanzen enthält.

Die Arbeit verläuft in vier Phasen: Sicherstellen, Bewahren, Analysieren, Erhalten. In den ersten drei Phasen werden Dokumente aus dem Zeitraum 1975 – 1985 prioritär gesichtet, es handelt sich dabei um die Jahre, in denen am meisten Personen „verschwunden“ wurden. Dabei geht es darum, sowohl den Ansprüchen der HistorikerInnen, der ArchivarInnen, der AnwältInnen wie der Familienangehörigen gerecht zu werden, Ansprüche, die sich zum Teil aus beruflichen oder persönlichen Interessen widersprechen.

Anlässlich der ersten öffentlichen Präsentation der Arbeit in den Archiven Anfang März 2006 erklärte Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales, man habe noch nicht einmal 1 Prozent der Dokumente klassifizieren kön-

nen. Entsprechend sei es noch zu früh, um die Strukturen und das Funktionieren der Polizei beschreiben zu können. „Unterdessen haben wir zwar erste Bilder über verschiedene historische Momente, die nach einem komplexen und enormen Puzzle ausschauen. Beim Zusammensetzen dieses Puzzles hat man manchmal das Gefühl, dass gewisse Teile zusammengehören, aber dann gibt es wieder Momente der Unklarheit und der Widersprüche, die zur Vorsicht mahnen“, heisst es in einer ersten Evaluation der PDH über die ersten drei Monate Arbeit in den Archiven.

Die PDH rechnet mit mehreren Jahren Arbeit, bis die Dokumente so geordnet und so aufbereitet sind, dass sie öffentlich zugänglich gemacht werden können. Im Moment wird kein einziges Dokument herausgegeben und keinem der „Fälle“ explizit nachgegangen. Zwar können Menschenrechtsorganisationen, AnwältInnen oder Familienangehörige bereits Anträge für die Herausgabe von eventuell im Archiv vorhandenen Dokumenten stellen, doch müssen alle Dossiers zuerst gesichtet, registriert und digitalisiert werden bevor sie freigegeben werden.

Und dann beginnt die schwierige Arbeit der Menschenrechtsorganisationen, die darin besteht, aus den gefundenen Dokumenten Beweise dafür zu finden, dass der Befehl, eine Person zu verfolgen, verschwinden zu lassen, zu foltern, umzubringen, von einer der Polizeistationen ausging, deren Archive man jetzt gefunden hat. Laut Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) wird dies nicht einfach sein. Man habe zwar in den Archiven die Beweise, dass Leute überwacht, verfolgt und möglicherweise sogar vorübergehend festgenommen wurden. Viele der Polizeiakten endeten mit dem Befehl *prosequir* – weiterverfolgen. Doch wenn man dann endlich Zugang zu den Dokumenten habe, müsse erst nachgeprüft und bewiesen werden, dass alle Dossiers/Personen, die mit einem *prosequir*-Vermerk versehen sind, identisch sind mit den Dossiers, welche die Menschenrechtsorganisationen über die Verschwundenen und Ermordeten haben, so Polanco.

Eine weitere Frage, die vor der Veröffentlichung der Dokumente geklärt werden muss, ist das Problem der individuellen versus der kollektiven Rechte. Die guatemaltekische Bevölkerung hat ein Recht auf die Wahrheit (kollektives Recht), die Familienangehörigen derjenigen Personen, die in den Archiven katiert sind, haben das Recht auf Persönlichkeitsschutz ihrer Liebsten, auch wenn diese bereits tot sein sollten (persönliches Recht).

### Die guatemaltekische Regierung

Die Reaktion der guatemaltekischen Regierung auf den historischen Fund ist geprägt von Zurückhaltung und dem Versuch, das Ganze herunterzuspielen. Was man jetzt plötzlich für ein Aufheben um diese Archive machen würde, die seien ja immer da gewesen, ist der offizielle Kommentar. Entsprechend stellt die Regierung auch keine finanziellen Mittel zur Verfügung, um das Datenmaterial zu sichten und aufzuarbeiten. Immerhin gab der Sprecher des Vizepräsidenten bei dem öffentlichen Anlass Anfang März das Versprechen, dass in denselben Räumlichkeiten, in denen das Archiv gefunden wurde, ein „Museo de la Memoria“ - ein Museum der Erinnerung, eingerichtet werden soll.

### Die Geschichte der Nationalen Polizei

Die im Polizeiarchiv gefundenen Dokumente umfassen verschiedene historische Perioden in der Geschichte der Polizei und werden bei der Aufarbeitung entsprechend gruppiert.

In ihren Anfängen war die guatemaltekische Polizei eine Art Nachbarschaftshilfe, die autonom funktionierte und keinen spezifischen Auftrag des Staates erfüllte. Am 7. Dezember 1872 wurde per Dekret die *Guardia Civil* gegründet, und am 12. September 1881 wurde ein Polizeireglement für „Sicherheit und Hygiene“ erlassen.

Eine nächste Phase in der Geschichte der Polizei umfasst den Zeitraum 1900 bis 1930, in der eine zahlenmässige Vergrösserung und territoriale Ausweitung polizeilicher Tätigkeiten stattfand. Sie bekam den Namen Nationale Polizei und übernahm immer mehr Überwachungsfunktionen.

Die nächste Periode umfasst die Jahre 1931 bis 1944, die Zeit des Diktators Jorge Ubico, in der die Polizei mehr und mehr Kontrollfunktionen übernahm. Es wurde eine nichtuniformierte, sprich Geheimpolizei ins Leben gerufen, die einen ausgesprochen militärischen Charakter hatte und deren Aufgabe die Kontrolle der Zivilbevölkerung war. Eine Arbeit bei der Polizei fand nur, wer vorher Militärdienst geleistet hatte. In dieser Zeit waren die Polizeiaufgaben unterteilt in „öffentliche Ordnung“, „Gesundheit und Hygiene“ und „Soziale Verteidigung“.

In der Zeit der Revolution von 1944 – 1954 änderte man den Namen der Polizei wieder um in *Guardia Civil*, um ihren repressiven Ruf und ihren Imageverlust unter Ubico etwas aufzubessern. Es wurde auch versucht, die Polizei zu entmilitarisieren.

Mit der Konterrevolution unter der Regierung von Carlos Castillo Armas

(1954) ergab sich wieder eine völlige Umstrukturierung der Polizei. Im Rahmen der „Kommunismusbekämpfung“ wurde das *Komitee zur Nationalen Verteidigung* gegründet, dem auch die berühmten-berühmten *judiciales* angehörten, deren Aufgabe die Jagd auf KommunistInnen war.

Ein weitere historische Zeitspanne, die bei der Untersuchung der Archive von Bedeutung sein wird, sind die Jahre zwischen 1963 und 1986. Nach dem Staatsstreich von 1963 übernahm das Militär die Vormachtstellung über die anderen Institutionen, inklusive der Polizei, die sich in ein Instrument der Aufstandsbekämpfung wandelte, deren Chefs in enger Beziehung mit dem Militär standen. Die Unterordnung und Militarisierung wurde durch die Ernennung diverser Militärs in hohe Polizeiränge institutionalisiert. Während der 70er-Jahre wurden landesweit Polizeiposten und –stationen eingerichtet. Unter der De-facto-Regierung von Ríos Montt wurde im Jahr 1982 eine neue Einheit (DIT) gebildet, deren Aufgabe die Verfolgung und Untersuchung von „Delinquenten“ war, sowie deren Überstellung an spezielle Gerichtshöfe.

Die letzte Zeitspanne umfasst die Jahre von 1986 bis 1997. Sie beginnt mit der Regierung von Vinico Cerezo, der die DIT abschaffte, die im Verlauf der Jahre in das umwandelt wurde, was heute die guatemaltekische Kriminalpolizei (SIC) ist. 1997, im Rahmen der Friedensabkommen, wurde die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) gegründet, mit dem Ziel, die Praktiken der menschenrechtsverletzenden Nationalen Polizei und der Finanzpolizei ein für alle Mal hinter sich zu lassen.

Die Struktur der Polizei betreffend, ist es noch zu früh, um aus den gesichteten Dokumenten definitive Schlüsse zu ziehen. Was jedoch klar hervorkommt ist eine systematische Unterordnung der Polizei unter das Militär. Die bisher gefundenen Organigramme der Nationalen Polizei lassen noch kein genaues Bild über die interne Hierarchie bzw. über eine Parallele zwischen den jeweiligen Polizeigesetzen und der Polizeihierarchie zu. Gefunden hat man bisher Organigramme aus den Jahren 1936, 1982 und 1997, die darauf hinweisen, dass über die Jahre eine Veränderung von hierarchischen zu horizontaleren Strukturen stattgefunden hat.

Doch ist durchaus zu erwarten, dass mit den bereits gefundenen internen Polizeidokumenten und mit denen, die die PDH im Verlauf der Aufarbeitung des Archivs zu finden hofft, ein ziemlich genaues Abbild der Strukturen und des Funktionierens vornehmlich der Nationalen Polizei im letzten Jahrhundert erstellt werden kann.

## „Wir sind Amerika“

**Guatemala, 05. Mai.** Der 1. Mai war in Guatemala ein „Tag des Kampfes und des Protestes“, wie es in den Parolen hiess. Die klassischen 1. Mai-Themen wie Arbeit, Land, Freihandel und Regierungskritik im Allgemeinen, wurden ja bereits vor zehn Tagen mit mässigem Erfolg im Rahmen eines *Nationalen Aufstands* auf die Strasse getragen. (¡Fijáte! 358) Entsprechend löste der Protest der lateinamerikanischen MigrantInnen in den USA gegen das „Sensenbrenner-Gesetz“, wie der restriktive Gesetzesvorschlag gegen „illegale“ Migration genannt wird, eine grosse Solidaritätswelle in Guatemala aus und wurde zu einem Kernpunkt der diesjährigen 1. Mai-Aktivitäten.

Die Zeitungsberichte über die Proteste in den US-amerikanischen Städten sind beeindruckend. Man spricht von über mehreren Millionen Personen, illegale und legale MigrantInnen aus der ganzen Welt und solidarische US-BürgerInnen, die in zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten für die Rechte der lateinamerikanischen MigrantInnen protestierten. Die grösste Demonstration fand in Los Angeles statt, wo auch eine Mehrheit guatemaltekischer MigrantInnen lebt. Hunderttausende von MigrantInnen streikten an diesem Tag, die Ernten auf den kalifornischen Feldern blieben liegen, Hotels und Restaurants blieben unbedient, in den Häfen verfaulten Lebensmittel, die nicht ge- oder entladen wurden, ganze Unternehmen mussten ihre Arbeit einstellen, da ihre Angestellten auf der Strasse waren. Manche US-amerikanische Unternehmer schlossen sich selbst dem Protest an, gaben ihren ArbeiterInnen frei und unterstützten – aus Solidarität oder Notwendigkeit, denn das Gesetz will auch alle Personen kriminalisieren, die den illegalen MigrantInnen helfen oder ihnen Arbeit geben – die Forderungen ihrer Angestellten. „Ohne uns läuft nichts“, „Wir sind Amerika“ oder „Heute protestieren wir, morgen wählen wir“ waren Parolen mit denen auf die Abhängigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft von den lateinamerikanischen ArbeiterInnen hingewiesen wurde.

Politische AnalystInnen sprechen von einem historischen Moment. Sie vergleichen die Proteste mit der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den sechziger Jahren und sprechen davon, dass die *Latino-Community* bewiesen hat, dass sie ein ernstzunehmender politischer und wirtschaftlicher Faktor im Land ist.

In Guatemala rief die Solidaritätsbewegung zum Boykott US-amerikani-

scher Firmen und Produkte auf. „Sie sind weder Delinquenten noch Terroristen“ hiess es auf den Transparenten oder „Am 1. Mai, konsumiere *ni M* aus den USA“ – *ni M*, „keine Scheisse“, wobei das *M* die Form des McDonald's-*M* hatte. Dieser Boykottaufruf löste aber auch heftige Diskussionen in Guatemala aus, seien es doch guatemaltekische Angestellte, die in Guatemala hergestellte Produkte zu Hamburgern zusammenpappen oder in Guatemala bedruckte Coca-Cola-Flaschen abfüllen. Gemäss einer Reportage der Tageszeitung *Prensa Libre* waren aber am 1. Mai die McDonald's- und PizzaHut-Fastfoodketten tatsächlich schlechter besucht, im Gegensatz zum guatemaltekischen Pendant *Pollo Campero*.

Kritisiert wurde auch die lasche Haltung von Präsident Oscar Berger in der Migrationsfrage. Er setzte sich gegenüber seinem Amtskollegen Bush zu wenig für die Rechte der guatemaltekischen MigrantInnen in den USA ein, die immerhin mit jährlich rund 3 Milliarden US-\$ zur nationalen Wirtschaft beitragen, was mehr ist, als das Land aus den Kaffee-Exporten einnimmt, erklärte José Pinzón von der *Guatemaltekischen ArbeiterInnenzentrale CGTG*.

Der Senat des US-Bundesstaates Kalifornien gab derweil dem 1. Mai-Boykott mittels eines Kommuniqués Rücken-deckung, das vor allem von der demokratischen Mehrheit unterstützt wurde:

„Der Boykott kann eine Art Erziehungs-massnahme für die Leute in Kalifornien und den USA hinsichtlich des enormen Beitrags sein, den die ImmigrantInnen tagtäglich für unsere Wirtschaft und Gesellschaft leisten.“ In Chicago billigten die StadträtInnen unterdessen eine Resolution, mit der das Nationale Sicherheitsdepartement aufgefordert wird, die Razzien auf MigrantInnen zumindest solange einzustellen, wie im Senat über die Migrationspolitik diskutiert würde.

Indes geht an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze die Jagd auf Menschen weiter. Die 3.000 km lange Grenze wird immer mehr militarisiert, die rassistischen Anti-MigrantInnen-Parolen haben Aufwind und sind salonfähig, und paramilitärische Gruppierungen in der Tradition des Ku Klux Klan übernehmen immer mehr Funktionen bei der Grenzkontrolle. T-Shirts mit der Aufschrift „Töte heute einen Mexikaner“ sind im Umlauf sowie Videospiele, in denen virtuell die MigrantInnenjagd geübt werden kann.

Doch auch die US-amerikanische Regierung scheint besorgt über das Erstarken der MigrantInnenbewegung. Im April wurde mit dem Unternehmen KBR, einer Tochterfirma von Halliburton, ein Vertrag über 385 Mio. US-\$ abgeschlossen und somit der Auftrag vergeben, im grossen Stil Gefängnisse für MigrantInnen zu bauen, da man einen „zunehmenden MigrantInnen-Strom“ befürchtet.

## Aus Militär mach Genossen?

**Guatemala, 07. Mai.** Ehemalige Guerilleros und pensionierte Militärs verfolgen den Plan, sich unter dem Schutz der sich bei den letzten Wahlen noch eher als links verstehenden Partei *Allianz Neue Nation* (ANN) gemeinsam auf den Weg in den Wahlkampf 2007 zu machen. Auf der einen Seite Jorge Soto, bekannt als Kommandant Pablo Monsanto des Guerilla-Kaders der *Fuerzas Armadas Rebeldes* (FAR) und auf der anderen General Morris Eugenio de León, ehemaliger Kommandant der in Sachen Kriegsbeteiligung nicht unbekanntesten Militärbasis 23 im Departement Petén. Beide Herren bestätigen die Übereinstimmungen zwischen ihnen und schliessen sogar nicht aus, als Präsidentschaftspaar zu kandidieren.

Doch im Konkreten bleiben die beiden Machtaspiranten vage. De León beschreibt sich selbst als „absoluten Nationalisten“, der eine bessere Zukunft für die enteigneten Klassen des Landes anstrebe. Seine grösste Aufgabe bestehe darin, gegen die Armut zu kämpfen,

so der ehemalige Soldat. Monsanto schreibt indes die Eintracht in Themen wie der Umverteilung des Reichtums ganz gross.

Gemeinsam mit De León werden 50 Armee-Offiziere und 200 Militärspezialisten künftig die Reihen der ANN füllen. Ex-Guerillero Monsanto behält sich jedoch vor, bloss die Militärs akzeptieren zu wollen, denen keine Spuren von Menschenrechtsverletzungen anhängen. Dass Teile der Partei mit dem Zuwachs nicht einverstanden sind, scheint den „linken“ Parteichef nicht zu stören.

Die ANN sieht sich wie zahlreiche andere Parteien vor der Herausforderung der Wahlreform, nach der die Parteien 15 220 Mitglieder und somit rund 2'000 mehr als vorher vorweisen müssen, um anerkannt und für die Wahlen zugelassen zu werden. Auch wenn die ANN diese Zahl bereits erreicht hat, können Listensäuberungen immer noch für böse Überraschungen sorgen; es heisst also vorsorgen, im Zweifel mit Hilfe des Militärs.

## Freihandel stolpert kurz vor der Abstimmung

**Guatemala, 07. Mai.** „Ihre Antwort ist nicht zufrieden stellend“, war der wiederholte Kommentar auf die Erklärungen von Wirtschaftsminister Marcios Cuevas, die er in der vergangenen Woche auf letztendlich rund 60 Fragen gab, die der Kongress ihm hinsichtlich des *Freihandelsvertrages zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik* (DR-CAFTA) stellte. Die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) hatte die Parlamentarische Anfrage im Rahmen der Diskussion um das nötige Implementierungs-Gesetz für den CAFTA beantragt. Mit diesem Erlass, bestehend aus 10 Kapiteln und 142 Artikeln, von denen 84 dem Thema des Intellektuellen Eigentums, vier der Umwelt und ausser drei Erwägungen kein einziger Artikel dem Thema der Arbeit gewidmet sind, werden nach Billigung zwei nationale Kodices und mindestens 16 Gesetze geändert, darunter der Straf- und der Handelskodex sowie das Telekommunikationsgesetz.

Eine Woche bleibt dem Kongress, bevor er sich seine parlamentarische Pause gönnt, entsprechend verärgert war Präsident Berger, als der Billigungsprozess nach der ersten erfolgreichen Lektüre ins Stocken geriet, provoziert durch verschiedene kleine Erdbeben: die USA schickte einmal mehr neue Veränderungswünsche für das Gesetz – auf Englisch -; die seit längerem gärenden Konfrontationen innerhalb der Regierungspartei äusseren sich darin, dass einige der Abgeordneten den Saal verliessen und somit das Quorum brachen und schliesslich stellte das Plenum auf einmal fest, dass es zum einen das zu verabschiedende Gesetz sowie die Reformvorschläge nicht kenne und dann doch erst analysieren und diskutieren müsse, bevor es darüber abstimme.

Somit ist das In-Kraft-Treten des Freihandelsvertrages erneut auf unbestimmt verschoben. Die ausweichenden und oberflächlichen Antworten desjenigen der Regierung, der das Vorhaben doch kennen sollte, namentlich der Wirtschaftsminister, werden das Ihre dazu beitragen, das Hin und Her zu nähren, auch wenn die Verabschiedung früher oder später sehr wahrscheinlich ist.

Die URNG bemängelte die teils schwerwiegenden Ungenauigkeiten

von Cuevas, hatten sie doch ihre Fragen extra 36 Stunden vorher eingereicht. Widersprüche und Aufregung begleiteten den Funktionär auf seinem Termin im Kongress, bei dem er auf der Verteidigung des Freihandelsvertrags beharrte – mit wenig überzeugendem Erfolg, hat er doch laut Pablo Duarte, Chef des *Unionista*-Blocks, der in Bezug auf den CAFTA eigentlich an der Seite der Regierung steht, mit seinen Antworten „die ganze Arbeit über Bord geschmissen“, die bislang in Sachen CAFTA-Lobby realisiert wurde.

Jorge Ríos von der Wirtschaftskommission des Kongresses brachte das Schiff schliesslich ernsthaft in Schwanken mit seiner Frage nach der Notwendigkeit der Veränderung von Gesetzen, die überhaupt nichts mit dem Freihandel zu tun haben. Beispielsweise spielten die Modifizierung der Erwerbssteuer, der Mehrwertsteuer und des Gesetzes zu Finanzprodukten überhaupt keine Rolle bei Finanztransaktionen, sollen aber im CAFTA-Paket klammheimlich durchgewunken werden.

Auch die Sichtweise des Ministers in Bezug auf die Auswirkungen des Handelsprojekts, lassen die Expertise und das Verantwortungsgefühl des staatlichen Mit-Hauptverantwortlichen für die entsprechende Zukunft des Landes in Zweifel ziehen. Eine der gestellte Fragen lautete: „Hat man die Menge der Menschen in Betracht gezogen, die – (nach und wegen In-Kraft-Tretens des CAFTA, *die Red.*) – keine Einkommensquelle haben wird? Darauf Cuevas: „Gemäss einigen Studien sind es etwa 60%, aber es wäre sehr gewagt eine präzise Zahl zu nennen, die ich in diesem Moment nicht an der Hand habe.“

Dabei wurde gerade in den letzte Wochen die Pro-CAFTA-Kampagne noch einmal intensiviert, angeführt von der *Kleidungs- und Textilkommission* VESTEX und dem *Gremium der Exporteure Nicht-traditioneller Produkte* AGEXPRONT, während die wahren Interessenten, die Führungsspitze des Unternehmenssektors, dahinter stecken. Erpressung, Druck und Drohung sind ihre Methoden der Überredungskunst, skizzieren sie doch das Szenario der Massenarbeitslosigkeit und der Abwanderung von Arbeitsplätzen, sollte der Zug des

CAFTA an Guatemala vorbeiziehen.

Erwin Pérez stellt in *incidencia democrática* diese Argumentation in Frage, sei es doch unverständlich, dass die *textileros* das tapfere Schneiderlein in Sachen Verteidigung des CAFTA vorgeben, während ihre Gewinne empfindliche Schläge gerade durch die Globalisierung der Märkte einstecken mussten. Die Verluste der Textilindustrie hätten an zahlreichen Faktoren gelegen und nicht an dem Fehlen eines Handelsabkommens. Vielmehr sei die Invasion von chinesischen Produkten auf den US-amerikanischen und europäischen Markt eine der Hauptursachen für den Rückgang des Verkaufs, zu dem sich die mangelnde Initiative der guatemaltekischen UnternehmerInnen geselle, neue Märkte zu erschliessen: 90% der Textilien werden in die USA geschickt.

Pérez entmythifiziert einen weiteren Aspekt: Die „besorgniserregende“ Situation, dass die *maquiladoras* (Lohnveredelungsbetriebe, *die Red.*) es vorziehen, in andere Länder zu gehen, sollte eigentlich kein Grund dafür sein, Alarm zu schlagen, da die *maquilas* ohnehin sehr wenig Gewinn für das Land abwürfen. Zum einen genössen sie Steuerbefreiungen und –privilegien und zum anderen böten sie zwar zahlreiche Arbeitsplätze für Guatemaltekinnen an, seien in Wirklichkeit jedoch die Ausbeutungszentren schlechthin, die schlecht bezahlen und mörderische Arbeitszeiten einforderten. Etliche Arbeiterinnen in *maquilas* berichten von Missbräuchen von Seiten der Arbeitgebenden, die sie dazu zwängen, Medikamente zu schlucken, um während der Nachtschichten wach zu bleiben, und die Frauen kurzerhand kündigten, wenn diese schwanger seien.

In gewisser Weise verständlich ist dennoch der Unmut sowohl von Präsident Berger als auch von Minister Cuevas - der nebenbei bemerkt bis 2003 als Präsident der AGEXPRONT fungierte – hinsichtlich dem Stolpern des Prozesses, sind doch beide nicht nur mit persönlichen Unternehmensinteressen am CAFTA interessiert, sondern massiven Druck von aussen und aus dem eigenen Kabinett ausgeliefert.

Jetzt müssen aber erst die neuen Wünsche der USA übersetzt werden, um weiter diskutieren zu können.

## Neuer alter Oberstaatsanwalt

**Guatemala, 03. Mai.** Präsident Oscar Berger bestätigte dem Wahlprozess gemäss Juan Luis Florido in seinem Amt als Oberstaatsanwalt und Leiter der Staatsanwaltschaft für weitere vier Jahre. Florido, ursprünglich als Abgeordneter der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) in den Kongress gekommen, wurde im Februar 2004 bereits von Berger als Ersatz von Carlos David de León Argueta auf diesen Posten berufen, der aufgrund von „Unregelmässigkeiten“ aus dem Amt treten musste.

Der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) hatte Anfang März die Vorschlagskommission, bestehend aus der Präsidentin des CSJ, den acht Dekanen der universitären Rechtsfakultäten des Landes sowie der Präsidentin der *Anwalts- und Notarkammer* (CANG) und dem Präsidenten des Ehrengerichts der CANG aufgerufen, bis Ende April sechs KandidatInnen für die Wahl des Oberstaatsanwalts bzw. der Oberstaatsanwältin aus den eingehenden, schliesslich 48 Bewerbungen

auszuwählen, aus denen Berger den/diejenige welche bestimmen sollte.

Auch wenn dem Prozedere transparent und öffentlich gefolgt wurde, stellt die Wiederwahl Floridos in den Augen vieler doch eher ein Spott gegenüber der Bevölkerung dar. Während dem Wiedergewählten durchaus zugestanden wird, dass er in Sachen Administration Grund in die Staatsanwaltschaft gebracht hat, habe er doch die eigentliche Aufgabe dieser Institution, nämlich die Strafverfolgung, empfindlich aus den Augen verloren. Derzeit ist öffentlich bekannt, dass die Staatsanwaltschaft – unter Hinzuziehung der Erklärung, dass sie keine Gelder habe – im Schnitt nur 5% aller Verbrechen strafrechtlich verfolgt. Dieser Anteil besteht in der Regel aus Verbrechen mit „hoher Auswirkung“, im Zweifel ist diese Auswirkung wohl politischen und wirtschaftlichen Interessen zuzuschreiben und auf der anderen Seite der Medienwirksamkeit ihrer Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft.

Zudem wird dieser vorgeworfen, sich auf politischen Handel und die Förderung der Straflosigkeit einzulassen. Als Beispiele dafür während der zwei Jahre unter Florido werden der Fall der Triangulierung von Geldern aus der Rechnungsprüfungsstelle zum damaligen Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colóm und der strafferlösende Umgang mit den mutmasslichen Verantwortlichen für die von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) provozierten Randalen am sog. Schwarzen Donnerstag 2003 genannt, bei dem der Journalist Héctor Ramírez ums Leben kam.

Präsident Berger erläutert seine Entscheidung – nach einem Wochenende der intensiven Prüfung der sechs Curricula der AspirantInnen – derweil damit, dass es „schwierig“ gewesen wäre, eine andere Person zu ernennen. VertreterInnen des *Beratungsrates für Sicherheit* (COS) stimmen demgegenüber überein, dass Florido eindeutig eine absolute Vertrauensperson des Präsidenten sei.

## BBC zeigt Reportage über Feminizid

**Guatemala, 05. Mai.** Der britische Fernsehsender BBC strahlte dieser Tage in England den Dokumentarfilm „Paradies der Mörder“ von Giselle Portenier aus, in dem einige Fälle der 664 Frauen präsentiert werden, die im letzten Jahr in Guatemala ermordet wurden. Die Zahl übertrifft die Morde an Frauen in Grossbritannien um das Zehnfache.

Laut dem Film finden sich die Frauen in Guatemala mehr und mehr den Aggressionen von Jugendbandenmitgliedern, ihren Lebensgefährten und dem organisierten Verbrechen ausgesetzt, ohne dass der Staat eingreift.

Die Autorin des Streifens besuchte ein Gefängnis im Departement Petén, in dem sie drei Männer interviewte, die wegen Vergewaltigung in Haft sitzen. Einer vergewaltigte ein Mädchen von 15 Jahren, das Opfer des zweiten war ein 12jähriges Mädchen und das des dritten war 7 Jahre alt. Alle drei Männer erklärten sich für unschuldig und auf die Frage nach dem Warum von Vergewaltigung und Morden von Frauen, halten die Täter die Opfer für diejenigen, die sich ihr Schicksal selbst suchten. Dabei weist auch der Dokumentarfilm darauf hin, dass ein Täter einer Vergewaltigung in Guatemala seiner Strafe entgehen kann, wenn er das Opfer heiratet, dies besagt der entsprechende Artikel im

Strafgesetzbuch, der provisorisch vom Verfassungsgericht suspendiert wurde.

Die Mehrheit der ermordeten Frauen hat niemanden, der sie verteidigt und oftmals werden ihre Leichen noch nicht einmal identifiziert. Die Reportage zeigt die Beerdigung von zwei anonymen Frauen. In dem einen Fall fanden sich die verstümmelten Überreste einer Jugendlichen in einem Plastiksack, im anderen war die junge Frau von schätzungsweise 20 Jahren nackt in einem Fluss gefunden worden. Niemand hat nach ihren Leichen gefragt.

Im letzten Teil des Dokumentarfilms stellt Portenier gegenüber Präsident Oscar Berger die These auf, dass im laufenden Jahr mehr als 600 ermordete Frauen gezählt werden würden, worauf ihr der Präsident vorwirft, sie sei doch sehr pessimistisch. Auf die Behauptung der Journalistin, dass das Justizsystem im Land nicht funktioniere, meint Berger bloss trocken: „Das ist Ihre Meinung und ich respektiere sie“.

Der Film wird auch in Guatemala gezeigt werden, doch in zensierter Form, fürchtet der Sender doch um die Sicherheit einiger Personen. Die Reportage wurde im März bereits auf dem X Kino-Festival der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* in London gezeigt.

## Menschenhandel am Pranger

**Guatemala, 03. Mai.** Guatemala schliesst sich der internationalen Kampagne „Zeig den Menschenhandel an“ an, die auf einfache aber massive Weise bezüglich der Problematik sensibilisieren, informieren und die Beteiligung der Gesellschaft an der Beseitigung derselben stärken will. Angeregt wurde das Projekt vom internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen.

Neben konkreten Aktionen in den teilnehmenden lateinamerikanischen Ländern, wurde eine Internetseite gestartet, auf der jede Person Fälle von Menschenhandel anzeigen kann. ([www.denuncielatrata.org](http://www.denuncielatrata.org)) Die Information wird planmässig an die zuständige Polizei weitergeleitet, um notwendige Schritte zu ergreifen. Auch finden sich relevante Informationen zum Thema auf der Web-Seite, um die Problematik zu erkennen und das weltweit wachsende Verbrechen einzudämmen. Statistiken besagen, dass jährlich mehr als 900'000 Personen Opfer von Menschenhandel werden, dabei sind noch nicht die Fälle einbezogen, die an den Grenzen registriert werden. 80% der Opfer seien Frauen und Mädchen, in mehr als 450'000 Fällen sind es Minderjährige, die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung verschleppt werden, ein rentables Geschäft, das zwischen 7 und 10 Billionen US-\$ Gewinn verspricht.

## Vogelgrippe in Guatemala – eine vorhersehbare Katastrophe

**Guatemala, 05. Mai.** Bis heute sind auf dem amerikanischen Kontinent noch keine Fälle des auf Menschen übertragbaren Vogelgrippe-Virus H5N1 aufgetreten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO befürchtet aber, dass mit der im August beginnenden Vogelmigration von Norden nach Süden kanadische mit asiatischen Vögeln in Kontakt kommen könnten. Und von Kanada aus könnte sich die Krankheit auf den ganzen Kontinent ausdehnen. Für Guatemala hätte dies enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Ohne in mediale Panikmache verfallen zu wollen, veröffentlichen wir in der Folge eine Rechenübung, die kürzlich von *Infopress Centroamerica* gemacht wurde:

In Guatemala werden rund 26 Mio. Hühner in so genannten Aufzucht- oder Eierfarmen gehalten, ebenso viele spazieren frei in den Hinterhöfen und auf den Dorfstrassen herum. Die Eierproduktion macht rund 3% des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 28% des Brutto-Argrarprodukts aus. Rund 32'500 direkte und 30'000 indirekte Arbeitsplätze sind von diesem Sektor abhängig.

Aktuell sind der Import von Hühnern oder Eiern aus Ländern verboten, in denen Fälle von Vogelgrippe festgestellt wurden. Dazu gehört Mexiko, wo im Jahr 1994 ein Grippevirus schwächerer Art (H5N2) zwei Drittel des Landes betraf. Von Mexiko her wurde diese Vogelkrankheit im Jahr 2000 auch auf guatemaltekeische Hühner übertragen und man konstatierte in Farmen rund um die Hauptstadt Fälle von Ansteckung. Auf Menschen übertrug sich H5N2 zum Glück nicht, die über ganz Zentralamerika verhängte Quarantäne hatte jedoch in Guatemala einen ökonomischen Verlust von 60 Mio. US-\$ zur Folge.

Im Januar 2006 hat man im süd-mexikanischen Chiapas, erneut einzelne Fälle von H5N2 festgestellt. Obwohl die mexikanischen Behörden versicherten, dass diese Krankheit für Menschen ungefährlich sei, da sie nur unter Vögeln übertragen werden könne, befürchtet die guatemaltekeische Regierung, dass wegen zu wenig sanitärischer Kontrolle und vor allem über den Schmuggel zwischen den Grenzstädten Tecún Uman auf der guatemaltekeischen und Suchiate auf der chiapanekischen Seite die Krankheit auf die guatemaltekeischen Hühner übertragen werden kann. Da mexikanische Eier aus steuerlichen Gründen billiger sind als guatemaltekeische, floriert der Schmuggel und Schwarzmarkt mit diesem Produkt bestens und der armen guatemaltekeischen Bevölkerung ist

es gleichgültig, wo die Eier herkommen.

Was nun eine mögliche Ausbreitung des Virus H5N1 betrifft, zweifelt Eduardo Spiegel vom Landwirtschaftsministerium daran, ob Guatemala auf eine solche Pandemie vorbereitet wäre. Das *Nationale Hühnerprogramm* hat ein Budget von 12 Mio. Quetzales, was gemäss Spiegel im Fall einer Hühnergrippe-Pandemie nirgends hinreicht.

Demgegenüber zeigt sich Manuel Hoffmann von der *Nationalen Vereinigung der Hühner- und Eierproduzenten* (ANAVI) unbesorgt: Man verfolge die Entwicklungen aufmerksam und verfüge ausserdem über ein Impfmittel gegen den H5N2-Virus. Der nützt zwar nichts gegen den H5N1-Virus „aber auch so werden unsere Farmen nicht ungeschützt sein“, meint Hoffmann. Ausser-

dem sei die von den Medien verbreitete Panik schlimmer als die Krankheit selber.

Gemäss José Ros Silvestre von der *Vereinigung zur Gemeindeförderung und -Entwicklung* (CEIBA) besteht das Problem darin, dass „die Leute sich erst für das Thema zu interessieren beginnen, wenn die ersten Fälle aufgetreten sind. Wir versuchen, die Bevölkerung über Hygienemassnahmen aufzuklären, doch ist es für die BäuerInnen selbstverständlich, ihr Haus mit den Tieren zu teilen“. Dazu kommt laut Silvestre, dass viele der Gemeinden z.B. in Huehuetenango, wo CEIBA arbeitet, keinen Gesundheitsposten haben und so mögliche Fälle von Vogelgrippe bei Menschen nicht als solche diagnostiziert würden.

## Familienplanung ist Gesetz

**Guatemala, 08. Mai.** Heute ist das heiss diskutierte Gesetz zum Universalen und gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung in Kraft getreten, was der Exekutive nun ein Ultimatum von 60 Tagen stellt, um das entsprechende Reglement zu erarbeiten. Das Gesundheitsministerium ist die zuständige staatliche Instanz für die Koordinierung der Arbeitskommission, die die Aufgabe hat, die normative Theorie in alltägliche und landesweite Praxis zu verwandeln. Dabei wird sie vom Bildungsministerium unterstützt, das sich für Informations-, Bildungs- und Kommunikationstätigkeiten gegenüber Eltern und SchülerInnen verantwortlich zeichnet.

Schon im Vorfeld haben sich zahlreiche Frauenorganisationen in Sachen Informationsverbreitung stark gemacht. In diesem Rahmen sind Foren und Workshops in erster Linie mit Frauenorganisationen geplant sowie die Herausgabe einer Populärversion des Gesetzes, um das Verständnis des Inhalts zu vereinfachen. Besondere Aufmerksamkeit soll der indigenen Bevölkerung gewidmet werden, ist doch unter dieser das Wissen um und der Zugang zu Verhütungsmethoden wesentlich geringer und die Zahl der Müttersterblichkeit deutlich höher.

Wichtig ist den organisierten Frauen, die Verdrehungen richtig zu stellen, die von Sektoren, die das Gesetz ablehnen, in die Welt gesetzt wurden. Eine wichtige Rolle spielte dabei die katholische Kirche, die vor allem durch ihren Kardinal Quezada Toruño die Familien-

planung diabolisierte, werde diese doch zur Abtreibung geradezu auffordern und die christlichen Familienwerte verletzen.

Dass durch den Zugang zu Verhütungsmitteln gerade ungewollte Schwangerschaften verhindert werden und somit vielen Frauen in Guatemala und gerade in den ländlichen Regionen vor allem vielen jungen Frauen endlich das Recht zugestanden wird, über ihren eigenen Körper entscheiden zu können, wollte der Kirchenoberst bis zuletzt nicht verstehen.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)**